ANTRAGSBUCH ZUM LAKO 2/21

RESTART BERLIN

HAUPTSTADT DER ZUKUNFT

junge liberale
Berlin

Tagesordnung 2. Landeskongress 2021

Freitag, 09.07, 18:00 Uhr

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorstand

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

TOP 3 Wahl eines Tagespräsidiums

TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 5 Berichte
a) des Landesvorsitzenden
b) des Landesschatzmeisters
d) der Ombudspersonen

TOP 6 Aussprache zu den Berichten

TOP 7 Wahl einer Zählkommission

TOP 8 Vorabstimmung über die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundeskongress der Jungen Liberalen

TOP 9 Beratung über Anträge zur Änderung der Landessatzung

TOP 10 Antragsberatung

Unterbrechung des Kongresses gegen 22:00 Uhr. Fortsetzung des Kongresses am Samstag, 10.07, um 10:00 Uhr.

Unterbrechung des Kongresses gegen 15:00 Uhr. Fortsetzung um 16 Uhr in der Besselstraße 13-14, 10969 Berlin.

TOP 11 schriftliche Abstimmungen über Satzungsänderungen und (Ersatz-)Delegierte zum Bundeskongress

TOP 12 Nominierung eines Spitzenkandidaten/einer Spitzenkandidatin zur Abgeordnetenhauswahl

gemeinsam mit dem Wahlkampfauftakt der JuLis Berlin

junge liberale
Berlin

AWARENESS-LEITFADEN

Liebe JuLis,

mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daransetzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihres Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines Anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihres Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

Antragsbuch

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
1	Restart Berlin! Landesvorstand	4

S - Sachantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
2	Kreuzchen setzen: Organspender sein! BV Reinickendorf, BV Pankow	19
3	Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung der Grundgesetz-Präambel BV CWS	21
4	Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin. Roman-Francesco Rogat (B-TK)	22
5	Mehr Respekt im öffentlichen Dienst. BV FKN	23
6	Mindestlohn statt Zwangsarbeit - Für Lohnpflicht von Pflichtpraktika BV Mitte	24
7	Antrag zur Verbesserung des Lehramtstudiums und zur Aufstockung an Berliner Schulen BV Mitte	25
8	Homophobie und Transfeindlichkeit besser bekämpfen BV Mitte	28

Antrag 1: Restart Berlin!

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

Restart Berlin!

Berlin ist Heimat liberalen Lebensgefühls. Die Werte von Freiheit, Toleranz und Vielfalt sind hier tief verwurzelt. Damit bietet unsere Stadt zahlreiche Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung. Gerade dieser Facettenreichtum macht den Reiz Berlins aus. Jeder kann hier ein ganz eigenes zu Hause für sich selbst schaffen.

Die aktuelle Pandemiesituation stellt uns vor historische Herausforderungen. Um sie zu bewältigen, muss sich unsere Politik neu erfinden. Wir wollen mehr mutige Zukunftsimpulse setzen. Indem wir entlasten und investieren, entfesseln wir das gesamte Potential der Bürgerinnen und Bürger Berlins!

Der Senat hat unsere Stadt bislang spürbar unter Wert regiert. Auch hier ist die Zeit für einen Neustart gekommen! Wir wollen eine Politik gestalten, die in Perspektiven denkt. Gemeinsam mit Dir machen wir Berlin so zur Chancenmetropole. Zu einem Ort, an dem jeder seine eigenen Träume verwirklichen kann.

Build Up Berlin!

Die Wohnsituation in Berlin ist angespannt. Insbesondere für junge Menschen, Alleinstehende, Senioren und Familien ist bezahlbarer Wohnraum knapp geworden. Der Berliner Senat verschläft seit Jahren den Neubau dringend benötigten Wohnraums und verschärft durch Fehlmaßnahmen das Problem sogar noch weiter. Wir wollen mehr Wohnraum in allen Preissegmenten schaffen, die Mietpreisspirale nachhaltig durchbrechen und für eine Entspannung auf dem Berliner Wohnungsmarkt sorgen. Deshalb

- wollen wir das „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ mit der Forderung ergänzen, dass auf 25% der Fläche Wohnraum im mittleren Preissegment zu schaffen ist. Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sollen zu der Einhaltung einer Quote von Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment verpflichtet werden.
- setzen wir uns für eine Neubauinitiative ein! Wir wollen unbebaute Freiflächen katalogisieren, bestehende Gewerbeflächen einfach und unbürokratisch in Wohnraum umwandeln, Dachausbauten vorbehaltlos ermöglichen, das Gebäudeenergiegesetz in ein Anreizsystem umwandeln, im Sinne der Entbürokratisierung eine Typisierung von Baugenehmigungen einführen und eine Randbebauung des Tempelhofer Felds anstoßen.

- wollen wir eine Berliner Skyline! Dazu möchten wir die maximale Traufhöhe von 22 Metern abschaffen und insbesondere auf die Europacity, City West, Südkreuz, Herrmannplatz und den Alexanderplatz mit dem Fernsehturm als Krone der Skyline setzen!
- wollen wir durch eine Reform der Grund- und Grunderwerbssteuer insbesondere Mieter entlasten und dafür sorgen, dass der Wunsch nach einem Eigenheim für möglichst viele Menschen ermöglicht wird.
- lehnen wir Symbolpolitik wie die Mietpreisbremse, Milieuschutzgebiete und die Volksinitiative „Deutsche Wohnen enteignen!“ entschieden ab. Durch diese wird keine einzige weitere Wohnung geschaffen. Auch einen Mietpreisdeckel lehnen wir auf Landes- und Bundesebene ab.

Der Berliner Bildung ein Update verpassen

Bildung ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens und sozialen Aufstiegs. Sie verwirklicht Chancen- und Leistungsgerechtigkeit gleichermaßen.

Frühkindliche Bildung

Die frühkindliche Bildung prägt den Lebensweg. Durch deren hohe Qualität schaffen wir echte Lebenschancen. Daher

- wollen wir die Unterfinanzierung von Kitas beenden und somit u. a. Raum für eine bessere Bezahlung von Fachkräften schaffen. Preisniveausteigerungen müssen jährlich, automatisch berücksichtigt und die Finanzierung an reale Gestehungs- und Sachkosten angepasst werden. Die Gebührenfreiheit in staatlichen KiTas wollen wir beibehalten, privaten aber die Erhebung eigener Gebühren ermöglichen.
- wollen wir die pädagogische Qualität von Kitas im Sinne der Chancengerechtigkeit weiterentwickeln. Dazu fordern wir eine realistische Berechnung und Verbesserung des Betreuungsschlüssels, eine Prüfung der Sinnhaftigkeit von Dokumentationspflichten und die Erleichterung derer durch Digitalisierung, die verstärkte Anwerbung von Fortgebildeten sowie die Etablierung regelmäßiger Fortbildungen für pädagogisches Personal. Außerdem sollen Sonderqualifikationen zusätzlich vergütet werden.
- wollen wir insbesondere Eltern in Schichtarbeit die Familiengründung durch die Einführung von 24/7-KiTas erleichtern.

Schule

Die Berliner Schüler verdienen weltbeste Bildung. Deshalb wollen wir den Sanierungsstau in den Schulen auflösen, Unterrichtsausfälle stoppen und die Schulen sowie das Lernen digitalisieren. Daher

- fordern wir, dass sich das Land Berlin für eine Weiterentwicklung des Digitalpakts einsetzen möge. Hierdurch schaffen wir die Möglichkeit, alle Berliner Schulen an das Glasfasernetz anzuschließen, flächendeckend mit W-LAN sowie mit digitalen Endgeräten auszustatten. Gleichzeitig wollen wir durch

regelmäßige, digitale Pflichtfortbildungen für Lehrer gewährleisten, dass Digital- und Medienkompetenz im Rahmenlehrplan ihren Platz finden. Außerdem soll jede Schule langfristig mit einer zentralen Online-Plattform zur Organisation, Kommunikation und Dokumentation des Lernfortschritts ausgestattet werden.

- setzen wir uns zur Ausweitung von Bildungschancen für flächendeckende, kostenfreie Nachhilfeangebote, die Anonymisierung aller schriftlichen Arbeiten ab der 7. Klasse sowie für die Einführung des Programms „Talent-Scouts“ ein.
- wollen wir es Schulen im Rahmen einer Ausweitung ihrer Personalautonomie ermöglichen, multiprofessionelle Teams aus Verwaltungspersonal und Sozialarbeitern zu bilden. Schulen mit besonderem sozialen und pädagogischen Förderschwerpunkt sollen von zusätzlichen finanziellen Maßnahmen profitieren können.
- wollen wir differenzierte und individuelle Schulen. Wir setzen dabei insbesondere auf bessere „offene Ganztagsschulen“, halten an der Aufteilung in Gymnasien und Sekundarschulen fest und wollen den Schulen überlassen, ob sie Abiturjahrgänge in G7, G8 oder G9 anbieten.
- fordern wir die Einführung der Pflichtfächer „Wirtschaft-Politik“ und eine Stärkung des Fachbereichs Informatik sowie eine umfassend reformierte sexuelle Aufklärung an Schulen, die interdisziplinär ausgestaltet wird und einen stärkeren Fokus auf Gesundheitsschutz, Sexualität und Gender legt.
- wollen wir Schülern der Sekundarstufe im Verlauf ihrer Schullaufbahn eine höhere Flexibilität in der Fächeraus- und zuwahl ermöglichen.

Ausbildung

Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, deren Attraktivität wir durch eine umfassende Modernisierung weiter steigern wollen. Dazu möchten wir den Sanierungstau an OSZs auflösen, deren Durchlässigkeit fördern und eine bundesweite sowie mittelfristig europäische Modularisierung und Flexibilisierung der Ausbildung in allen Ausbildungsberufen umsetzen. Langfristig streben wir eine Harmonisierung von Studenten- und Auszubildendenförderungen an, d.h. insbesondere die Weiterentwicklung vom Studierendenwerk zu einem Studenten- und Auszubildendenwerk, die Entwicklung von Ausbildungswohnheimen und eine Öffnung der Begabtenförderungswerke für Auszubildende. Um den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern, setzen wir uns für verpflichtende Berufsorientierungsangebote ab Klasse 9 und eine Stärkung sowie Ausweitung des Berliner Ausbildungsmodells ein.

Hochschulen

Wir wollen das durch die Pandemie bedingte Innovationsmoment der Hochschulen aufgreifen, die Lehre digitalisieren und flexibilisieren. Außerdem möchten wir den Forschungsstandort Berlin zur weltbesten Wissenschaftsregion ausbauen. Deshalb

- fordern wir die Einführung von 24/7-Bibliotheken.
- setzen wir uns für ein elternunabhängiges BAföG und die Ausweitung von

leistungsbezogenen Stipendien auf Bundesebene ein. Insbesondere wollen wir die BAföG-Rahmenbedingungen flexibilisieren, um beispielsweise MINT-Studiengänge attraktiver auszugestalten.

- wollen wir die Hochschulautonomie stärken, insbesondere durch eine stärkere Selbstständigkeit in der Personalentwicklung und eine langfristige, stabile Bereitstellung von Finanzmitteln durch das Land Berlin.
- wollen wir große Teile der zu besetzenden Professuren mittels Tenure Track ausschreiben, alternativ zur Professur langfristige Karrieremöglichkeiten in der Wissenschaft schaffen und mehr Beschäftigungsfreiheit für studentische Hilfskräfte ermöglichen.
- setzen wir uns für den Schutz einer offenen und demokratischen Diskussionskultur an den Berliner Hochschulen ein.
- fordern wir regelmäßige Finanzprüfungen der Ausgabensteuerung des AStA und ein Verbot der Mittelentfremdung durch Weitergabe an nicht-universitäre Dritte.

Start It Up! - Liberale Hauptstadtwirtschaft

Die Wünsche der Menschen sind so vielfältig wie zahlreich. Unsere Marktwirtschaft hat sich als menschlicher, erfolgreicher und freiheitlicher Prozess bewährt, um diese Bedürfnisse zu befriedigen. Die Bewohner unserer Stadt wollen ihr Leben souverän gestalten. Diesen vielen leidenschaftlich Kreativen, Freigeistern und Überzeugungstätern möchten wir in einer integrierten Metropolregion Berlin-Brandenburg beste Rahmenbedingungen bieten. Um das zu erreichen, fordern wir

- das “Berliner Startup Stipendium” weiterzuentwickeln. Regelmäßig sollen zwölf Monate lang bis zu 1.000 Gründer mit 1.000 Euro pro Monat unterstützt werden.
- Gründer während der ersten fünf Jahre vom Kammerbeitrag zu entlasten. Langfristig setzen wir uns für die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft in berufsständischen Körperschaften ein, die sich fortan vereinsrechtlich organisieren und außerhalb ihrer Pflichtaufgaben mittels unterschiedlicher Beitragshöhen und Leistungskataloge um Mitglieder konkurrieren sollen.
- Gründern ein bürokratiefreies Jahr zu ermöglichen, sodass mehr Zeit für die Umsetzung ihrer eigenen Ideen bleibt. Auch den Gründungsprozess selbst möchten wir konsequent papierlos online-basiert als One-Stop-Shop ausgestalten.
- die Einführung des „one in, two out“-Prinzips. Neue Regelungen sollen nur dann verabschiedet werden, wenn zugleich in doppelten Umfang Folgekosten an anderer Stelle reduziert werden.
- Berlin flächenmäßig mit 5G-Mobilfunk und Glasfasernetz auszustatten.
- eine Grundgesetzänderung, um Ladenöffnungen auch an Sonn- und Feiertagen zu ermöglichen.
- die organisatorischen, rechtlichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Verwaltung und Online-Ämter zu schaffen.
- bis auf Weiteres die Nutzung von Heizmöglichkeiten wie Heizpilzen zu gestatten

und für Außenbereiche der Gastronomie auf die Meldepflicht überzugehen. Somit unterstützen wir die vielen Gastronomen, die unsere lokalen Kieze beseelen.

Hauptstadt der Wissenschaft

Als Hauptstadt der Wissenschaft wollen wir Berlin zur Keimzelle des Erkenntnistransfers von Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln. Somit schaffen wir innovative und attraktive Arbeitsplätze für die Bewohner unserer Heimat. Wir setzen uns daher ein für

- die Entwicklung und den Ausbau von Gründerzentren an unseren Hochschulen.
- eine erleichterte Vergabe bislang ungenutzter Lizenzen oder Patente an Gründer.
- die Schaffung unternehmerischen Freiraums qua Einführung eines zweckgebundenen Sabbaticals für Wissenschaftler.
- eine Ergänzung der Hochschulzulassungsverordnung. Zukünftig sollen sich Wissenschaftler zur Gründung freistellen lassen können.

Frischer Wind im Steuersystem

Indem wir kreativen und finanziellen Freiraum schaffen, entfesseln wir das ganze Potential der Berliner. Hierzu braucht es ein gerechtes und leistungsorientiertes Steuersystem. Vor diesem Hintergrund fordern wir

- die Aufhebung der Übernachtung-, Zweitwohnung-, Bier- und Hundesteuer
- dass das Land Berlin sich auf Bundesebene für eine Neugestaltung der Gemeindefinanzierung einsetzen möge. Wir wollen die Gewerbe- und Grunderwerbsteuer abschaffen und durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschafts- und Einkommensteuer ersetzen sowie den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöhen.

Alternative 1:

- die Grundsteuer ersatzlos abzuschaffen.

Alternative 2:

- die Grundsteuer als reine Bodenwertsteuer zu reformieren, die ausschließlich auf Basis der Bodenrichtwerte bemessen wird.

Weltoffenes Berlin

Wir wollen das Wahlalter für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Bundestag auf 16 Jahre senken. Die Überalterung der Gesellschaft darf nicht zulasten der jungen Generation ausfallen. Zukunftsgerichtete Politik ist wichtiger denn je: Die immense Schuldenlast Berlins muss abgebaut werden, die Stadt muss klimafreundlich ausgerichtet sein und Politik für alle Altersgruppen gestaltet werden. Die junge Generation ist politischer als ihre Vorgänger. Wir fordern eine Stimme für echte Mitbestimmung ein!

Mit fast 1,5 Millionen Einwohnern mit ausländischen Wurzeln ist Berlin die internationalste und vielfältigste Stadt Deutschlands. Berlin ist geprägt von einer

Kultur der Toleranz. Jeder Mensch – gleich seiner Religion, seines Lebensstils, seiner Sexualität oder der politischen Überzeugung – kann hier seinen individuellen Weg gehen. Grenzen zeigt für uns lediglich die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf. Um diese Vielfalt zu erhalten und zu fördern,

- setzen wir uns für ein liberales Einwanderungsrecht auf Bundesebene ein. Politisch Verfolgten und Vertriebenen bieten wir eine Bleibe- und Lebensperspektive. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse wollen wir vereinfachen.
- erkennen wir die Beherrschung der deutschen Sprache und ein Verständnis des Grundgesetzes als zentrale Integrationsvoraussetzung und somit Lebenschance an. Deswegen fordern wir eine frühzeitige Sprachförderung in KiTas, mehr Deutschkurse durch Bildungsträger und für Berufstätige. Wir wollen sicherstellen, dass durch ausreichende Sprachkenntnisse alle Schüler am Unterricht teilhaben können.
- Wir setzen uns für eine praktische und sinnstiftende Vermittlung des Grundgesetzes an Zuwanderer ein insbesondere durch die vermehrte Etablierung von Paten- und Mentorenprogrammen.
- wollen wir Einbürgerungsverfahren beschleunigen und Integration in Form von Einbürgerungsfeiern zelebrieren. Wir wollen das “Wir-Gefühl” stärken, indem wir Integrationsleistungen verstärkt auf nicht-finanzielle Weise belohnen. Außerdem setzen wir uns für ein Ausländerwahlrecht auf kommunaler Ebene ein.
- fordern wir die Einführung von Englisch als zweite Verwaltungssprache und die Einführung weiterer in Berlin verbreiteter Sprachen für das digitale Bürgeramt.

Leider erleben wir in den letzten Jahren vermehrt antisemitische, rassistische homophobe, trans- und frauenfeindliche Angriffe sowie sexualisierte Gewalt, Diskriminierung und Gewalt aufgrund von religiöser Identität und individueller Weltanschauung, und weitere Formen von Hasskriminalität. Um diese Angriffe auf unsere vielfältige Gesellschaft abzuwehren und Diskriminierung gezielt entgegenzutreten

- setzen wir auf Prävention gegen Radikalisierung – schwerpunktmäßig in Bildungseinrichtungen. Dazu wollen wir ein tolerantes und aufgeschlossenes Weltbild im Rahmenlehrplan verankern und das Lehrpersonal im Umgang mit Diskriminierung und Hasskriminalität schulen. Außerdem muss verstärkt das Internet als sozialer Raum von den Behörden gemonitored
- lehnen wir radikale und fundamentalistische Kräfte wie beispielsweise den BDS als Partner demokratischer Akteure in der Politik konsequent ab.
- fordern wir eine konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung von Hasskriminalität. Dazu zählt für uns insbesondere die Einrichtung einer Meldepflicht für Vorfälle von Hasskriminalität in staatlichen Bildungseinrichtungen sowie ein regelmäßiges vom Land finanziertes Monitoring der zugrundeliegenden Einstellungen z.B. in Form einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.
- wollen wir Begegnungen schaffen und den schulischen Austausch zwischen

Deutschland und Israel finanziell durch das Land fördern. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung einer offiziellen Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Tel Aviv-Jaffa ein.

- wollen wir durch städtebauliche Maßnahmen wie einer verbesserten Beleuchtung öffentlicher Park, Plätze und Straßen sowie punktuelle Polizeipräsenz sicherstellen, dass sich sämtliche Bevölkerungsgruppen überall in Berlin wohl sicher und wohl fühlen.

Green Berlin

Umwelt- ist Gesellschaftspolitik, die jeden angeht. Indem wir nachhaltig wirtschaften, schützen wir die Grundlage menschlichen Lebens. Umweltschutz wird somit zur Frage der Generationengerechtigkeit. Unsere Marktwirtschaft hat sich als wichtigster Katalysator des Fortschritts erwiesen. Mit Nachhaltigkeit durch Innovation wollen wir die Herausforderung des Klimawandels bewältigen. Wir streben an

- durch die Errichtung sogenannter *Living Walls*, d.h. begrünter Wände, und die Ausweitung der Dachflächen- sowie Straßenbegleitbegrünung die Luftreinheit und Attraktivität Berlins zu steigern.
- die Technologien des *Urban Farming* zu fördern.
- durch den Einbau moderner Filteranlagen der Verschmutzung von Berliner Gewässern entgegenzuwirken.
- die Chancen der Gentechnik zu nutzen. Indem wir die Menschen für das Thema sensibilisieren und die damit zusammenhängende Forschung fördern, erschließen wir ganz neue Potentiale.
- den bunten Mix aus umweltpolitischen Einzelmaßnahmen und Symbolpolitik zugunsten der Einführung eines marktwirtschaftlichen Preises auf CO_2 als zentrales Steuerungsinstrument zu ersetzen.
- die bürokratischen Hürden bei der Integration von Solarzellen- und Geothermieanlagen in Ein- und Mehrfamilienhäuser abzubauen.

Für eine moderne Drogenpolitik

Die Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit des Einzelnen gehören für uns Junge Liberale zu den höchsten Gütern einer freien Gesellschaft. Dazu zählt auch die Entscheidung zum Konsum von Drogen. Wir sind der Überzeugung, dass eine Freigabe nicht nur ein Zugewinn an Freiheit für mündige Bürger bedeutet, sondern auch Jugend- und Konsumentenschutz erst möglich macht.

Entkriminalisierung und Regulierung von Drogen

Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Legalisierung des Besitzes, privaten sowie kommerziellen Anbaus und kontrollierten Verkaufs weicher Drogen wie Cannabis. Wir wollen Konsumenten von Rauschmitteln nicht länger strafrechtlich verfolgen und fordern die Entkriminalisierung aller Drogen nach portugiesischem Modell in Form eines straffreien Eigenbedarfs. Rechtliche Konsequenzen nach mehrmaliger Überschreitung der angemessenen Besitz-Höchstgrenze sollen sich am Prinzip Therapie statt Strafe orientieren. Der unregulierte Handel mit bisher illegalen Drogen soll auch weiterhin verboten bleiben und unter Strafe gestellt werden. Der illegale Verkauf an Minderjährige muss in jedem Fall strafrechtlich deutlich sanktioniert werden.

Prävention und Rehabilitation

Erst Präventions- und Aufklärungsarbeit können eine selbstbestimmte Entscheidung hinsichtlich des Konsums von Drogen ermöglichen. Abhängigkeitssituationen, die meist die individuelle Freiheit einschränken und die Gesundheit schädigen, wollen wir mit einer verstärkten Rehabilitationsinfrastruktur begegnen. Deshalb fordern wir

- altersgerechte und glaubwürdige Aufklärungsarbeit in Bildungseinrichtungen, Problemgebieten und an Konsumschwerpunkten.
- „Drug-Checking“ als Pilotprojekte zu verwirklichen und Rechtssicherheit hierfür schaffen.
- eine umfassende und zeitnahe Bereitstellung von Therapieplätzen für Drogenabhängige zu gewährleisten.
- eine flächendeckende Entwicklung von Einrichtungen für den sicheren Konsum nach Vorbild der sogenannten „Fixerstuben“.

Clubs sind Berliner Nachtkultur

Clubs sind Zentren künstlerischen Schaffens. Als Schutzräume für Minderheiten und Begegnungsstätten für Subkulturen spielen sie eine wesentliche Rolle für die Vielfältigkeit und Offenheit unserer Gesellschaft. Clubs verbinden, inspirieren und begeistern die Menschen. Damit trägt die Berliner Nachtkultur bedeutend zur Anziehungskraft unserer Stadt bei. Sie zu pflegen, schützen und fördern ist unser Ziel. Hierzu wollen wir

- ein Büro des Nachtlebens nach Vorbild des *New Yorker Office of Nightlife* einrichten, das als Ansprechpartner für Beteiligte und Schnittstelle innerhalb der Verwaltung fungieren soll.
- Clubs als Kulturstätten anerkennen und ihnen damit denselben Schutzstatus wie Theatern und Opern gewähren.
- Spätis auch an Sonn- und Feiertagen die Ladenöffnung gestatten - Wegbierversorgung ist Daseinsvorsorge!

- im Sinne eines Interessenausgleichs zwischen den Bewohnern der Nachbarschaft und den Clubbetreibern den Schallschutzfonds ausweiten, das damit zusammenhängende Antragsverfahren vereinfachen und die Lärmschutzregelungen weiterentwickeln.

Verkehr

Mobilität verbindet die Stadt. Die Mobilitätsvielfalt ist eine städtische Freiheit, die wir erhalten wollen. Zeitgleich führt das Verkehrsaufkommen einer wachsenden Stadt zu Herausforderungen. Infrastruktur ist zu klein geplant und der Verkehr einer der wesentlichen städtischen Emittenten. Wir wollen eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur schaffen, die individuelle Mobilität genauso wie einen starken ÖPNV mit schnellen Verbindungen ermöglicht. Um das zu erreichen, fordern wir

- den effizienten und zügigen Ausbau des ÖPNVs, die schnelle Erweiterung der S- und U-Bahnlinien in den Randbezirken und die Schließung von Verbindungslücken.
- die zügige Umsetzung der Barrierefreiheit an allen U- und S-Bahnhöfen.
- mehr kostenlose „Park & Ride“ und „Bike & Ride“ Angebote nach dem Hamburger Modell sowie eine gemeinsame Verkehrsplanung mit dem Land Brandenburg zur Koordinierung des wachsenden Pendlerverkehrs.
- eine strengere Ahndung bei Missachtung der vorgesehenen Abstellorte von E-Rollern und Leihfahrrädern.
- dem Radverkehr wo immer möglich vom motorisierten Individualverkehr baulich getrennte Infrastruktur anzubieten. Statt unterschiedliche Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen, legen wir beim Ausbau der Radinfrastruktur die Priorität auf möglichst direkte Verbindungen und gut ausgebaute Radwege. Kleinere Parallelstraßen sollen, so sie Teil des Radwegenetzes sind und der Radverkehr dort der Hauptverkehrsträger ist, zu Fahrradstraßen ausgewiesen werden.
- auf Nebenstraßen Kopfsteinpflaster durch glatte Fahrbahnbeläge zu ersetzen.
- Fahrrad-Haltelinien an Kreuzungen weiter nach vorn zu versetzen und vermehrt Verkehrsspiegel an Kreuzungen sowie Ampeltrittbretter an geeigneten Standorten zu installieren.
- die Einführung von intelligenten Verkehrserfassungssystemen, die die Tempolimits im gesamten Stadtgebiet selbstständig regeln, um somit einen optimalen Verkehrsfluss zu erzielen.
- das Parkplatzangebot in dicht besiedelten Gebieten digital einsehbar auszugestalten.
- eine umfassende Liberalisierung des Taximarktes.
- den Ausbau von E-Ladesäulen innerorts und in den Randbezirken.
- ein Stopp der ideologischen „Anti-Auto-Politik“ und die Abschaffung des Tempolimits 30 auf allen Hauptverkehrsstraßen, auf denen ein sicheres Fahren gewährleistet werden kann, um gleichzeitig den umweltbelastenden „Stop&Go“-

Verkehr zu reduzieren

- durch marktwirtschaftliche Anreize die Ausweitung von Carsharing und Ridepooling auf das gesamte Stadtgebiet zu unterstützen.

Für eine neue Berliner Linie in der inneren Sicherheit

Die Jungen Liberalen Berlin setzen sich für eine freiheitliche Sicherheitspolitik ein, die sich an der realen Bedrohungslage einerseits und den tatsächlich erforderlichen Maßnahmen andererseits orientiert. Im Zentrum steht für uns die Freiheit des Einzelnen.

Extremismus und Kriminalität

Zu den größten Bedrohungen unserer liberalen Gesellschaft zählen extremistische Kräfte. Unsere Toleranz darf nicht als Schwäche missverstanden werden, weshalb geltendes Recht konsequent durchgesetzt werden muss. Daher fordern wir

- die Schaffung eines Polizeibeauftragten als unabhängige Institution im Abgeordnetenhaus, der für Anliegen von Diskriminierung und unverhältnismäßigem Handeln seitens der Polizei für alle Bürger und Beamten ansprechbar sein soll. Diese Stelle soll dann ggf. rechtliche Konsequenzen einleiten.
- den rot-rot-grünen Senat auf, ideologische Toleranzpolitik einzustellen, verfassungstreu zu agieren und die konsequente juristische Verfolgung von Straftaten im linksextremistischen Milieu aufzunehmen.
- eine intensivere projektbezogene Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfen, Deradikalisierungs- und Präventionsprojekten sowie Schulen, um Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen aufzufangen und eine Radikalisierung zu verhindern.
- eine deutlich stärkere Kooperation zwischen den LKAs Berlin und Brandenburg und die Zusammenlegung der Ämter für Verfassungsschutz.
- mehr Polizeipräsenz in den öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Mittels Predictive Policing Kriminalitätsschwerpunkte durch gezielte Polizeipräsenz zurückzudrängen.

Weiterhin wollen wir die Privatsphäre eines jeden Bürgers vor staatlichen Eingriffen schützen. Unsere Grundrechte dürfen nicht im Kampf gegen Kriminalität und Radikalisierung eingeschränkt werden. Aus diesem Grund

- lehnen wir Überwachungsmaßnahmen wie die Quellen-TKÜ und Staatstrojaner ab und fordern stattdessen mehr Prävention in Form von Resozialisierungs- und Auffangprogrammen.
- soll die Installation von Kameras nur für einen begrenzten Zeitraum erfolgen und ein Verlängerungsantrag erst nach Evaluation der Wirksamkeit bzw. der Notwendigkeit gestellt werden können.
- befürworten wir den Einsatz von Bodycams bei der Polizei.

Alternative 1:

- werden wir uns für eine Lockerung des Vermummungsverbots einsetzen, um die Teilnahme an Demonstrationen auch zu ermöglichen, wenn Demonstranten - beispielsweise in ihrem Heimatland - sonst Repressionen befürchten müssten. Dort, wo die Polizei ein Gefahrenpotenzial für sich oder die öffentliche Sicherheit präventiv erkennt, bleibt das Vermummungsverbot bestehen.

Alternative 2:

- sprechen wir uns dezidiert gegen eine Lockerung des Vermummungsverbotes aus.

Landesantidiskriminierungsgesetz & ASOG

In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Diskriminierung. Das neue LADG antwortet allerdings auf Diskriminierung mit mehr Diskriminierung, indem es öffentlich Bediensteten wie etwa Polizisten unter Generalverdacht stellt und trägt dadurch nicht zur Lösung des Problems bei. Wir wollen einen selbstbewussten Sicherheitsapparat, der mit intelligenten Lösungen gegen Ausgrenzung und Vorurteile vorgeht. Daher lehnen wir das LADG ab.

- Kriminalitätsbelastete Orte nach dem ASOG, in denen Identitätsfeststellungen und Durchsuchungen ohne Verdachtsmomente durchgeführt werden können, lehnen wir ab. Die Kennzeichnungspflicht von lediglich drei Monaten wollen wir zur Verbesserung des Opferschutzes verlängern.
- Wir fordern eine gesetzliche Klarstellung des finalen Rettungsschusses sowie eine grundsätzliche Freigabe für das Tragen eines Identitätsschutzes bei Einsätzen aufgrund von organisierter Kriminalität oder Terror.
- Weiterhin sprechen wir uns für die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung aus und fordern stattdessen ein “Quick-Freeze”-Verfahren einzuführen, das erst nach richterlichem Beschluss und unter strengen Speicherbedingungen sowie Löschfristen beginnen darf.

Der Berliner Polizei ein Update verpassen

Das Personalproblem der Polizei und Justiz geht mit ihrer eingeschränkten Mittelausstattung und der fehlenden Attraktivität des Berufes einher. Um dies zu ändern,

- muss die Gehaltsstufe im Polizei- und Justizwesen konkurrenzfähig erhöht werden.
- die Arbeitsbedingungen durch eine Erhöhung der finanziellen Mittel für Ausstattung, Aus- und Fortbildung verbessert und ein sofortiger Spar-Stopp im Polizei- und Justizwesen durchgesetzt werden.
- wollen wir entbürokratisieren und digitalisieren, damit niemand mehr von einer Anzeige absieht und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat gestärkt wird.
- fordern wir eine generelle Verwaltungsreform und Personalaufstockung in der Justiz und Polizei.

Gesundheit

Die Stärke unseres Gesundheitssystems ist den Menschen zu verdanken, die unsere Kranken pflegen, unsere Verletzten heilen und für eine Medizin von morgen forschen. Wir wollen die Lehren aus der Pandemie ziehen und unsere Gesundheitsversorgung zukunftssicher ausgestalten. Wir fordern

- ein interdisziplinäres Experten-Gremium, das fundierte Wenn-Dann-Konzepte zur zukünftigen Pandemieabwehr entwickeln soll.
- eine Landesreserve an persönlicher Schutzausrüstung (PSA) und Laborkapazitäten, die für potenzielle Pandemien bereitgehalten werden.
- das Schaffen einer sicheren Infrastruktur für flächendeckende Diagnostik und Therapie und die fortschrittliche Digitalisierung aller Gesundheitsämter, Krankenhäuser und Labore mit Schnittstellen für Arztpraxen sowie andere Akteure des Gesundheitssystems.
- die Weiterentwicklung der psychischen Gesundheitsversorgung beispielsweise durch den Ausbau und eine erleichterte Vermittlung von Therapieplätzen.

Wir unterstützen die Pfleger und fordern mehr gesellschaftliche Anerkennung! Wir möchten die Attraktivität des Berufes erhöhen und neben Möglichkeiten für höhere Gehälter qua Liberalisierung des Krankenversicherungswesens neue Perspektiven schaffen. Wir wollen

- eine Entlastung durch bessere Personalschlüssel und keine obligatorischen Nachtdienste mehr ab 50 Jahren.
- statt der Akademisierung die Ausbildung stärken;
- eine Weiterbildungspflicht und flexible Weiterbildungskonzepte mit mehr Qualifikationen schaffen und den Berufsweg der “Physician Assistants” einführen.
- die Krankenpflegeausbildung auch mit Hauptschulabschluss ermöglichen!

Neben dem Pflegekräftemangel zeichnen sich auch Versorgungsengpässe durch einen Ärztemangel besonders in Berliner Randgebieten ab. Hier möchten wir gegensteuern, indem das PJ dauerhaft bezahlt und Famulaturen vergütet werden; die Niederlassungsfreiheit liberalisiert; die Arbeitslast durch höhere Personalschlüssel für stationäres medizinisches Personal verringert wird und deutlich mehr Medizinstudienplätze in Berlin geschaffen werden.

Antrag 2: Kreuzchen setzen: Organspender sein!

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf, BV Pankow
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sachantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

Kreuzchen setzen: Organspender sein!

Laut der Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) befinden sich derzeit 10.000 schwerkranke Patienten auf der Warteliste für ein Spenderorgan. Durchschnittlich sollen 3 Menschen pro Tag auf einem Platz auf der Warteliste aufgrund eines Mangels an Spenderorganen, im Besonderen von Nieren, sterben. Zwar besitzen bereits 32 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) einen Spenderausweis, aber die Organspendezahlen in Deutschland sind so niedrig wie noch nie zuvor.

Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher die Ersetzung der klassischen „Entscheidungslösung“ in dem Transplantationsgesetz (TxRegG) im Sinne einer erweiterten Entscheidungslösung, welche die bisherigen Entscheidungslösungen eines Organspendeausweises beinhaltet. Diese beinhaltet, dass jede deutsche

Staatsbürgerin oder jeder deutscher Staatsbürger mit dem 18. Geburtstag dazu aufgefordert wird dem Transplantationsregister mitzuteilen, ob diese oder dieser Organspender/-in bzw. Gewebespender/-in sein möchte. Hat eine Person keine Entscheidung getroffen, so greift die Widerspruchslösung.

Eine Widerspruchslösung lehnen wir ab, da in diesem Falle der Staat maßregelt welche beider Optionen die ethisch zu vertretene Position ist. Außerdem sorgt auch diese nicht dafür, dass sich die Krankenkassenkundinnen und –kunden sich aktiv mit dem Thema der Organspende auseinander setzen.

Dafür sollen die gesetzlichen Krankenkassen, wie auch die privaten Krankenkassenunternehmen, wie bisher seit 2012 auch, neutrale Informationen zu der Organspende auf Nachfrage bereitstellen. Zusätzlich sollen alle Krankenkassenmitglieder zu ihrem 18. und 50. Geburtstag umfassend informiert werden.

Die Entscheidung wird dabei in einem zu schaffenden Transplantationsregister anonymisiert gespeichert. Bei Krankenkassenpatienten wird die Entscheidung ebenfalls auf der Krankenkassenkarte gespeichert.

Eine weitergehende Änderung für Lebendorganspenden sehen die Jungen Liberalen Berlin nicht vor. Zur weiteren Verbesserung des Transplantationssystems in Deutschland ist außerdem die Vergütung einer Transplantation anzuheben, so wie mehr Stellen für die Verwaltung und Vergabe zu schaffen. Die bisherige Finanzierung und personelle Ausstattung verhindert die effiziente und schnelle Transplantation. Auch die

Finanzierung des Betreuungszeitraums der potenziellen Organspender bis zur Feststellung des Hirntods der Spender ist sicherzustellen, da das Angebot von Transplantationen andernfalls ein finanzieller Verlust für eine Klink bedeuten kann.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 3: Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung der Grundgesetz-Präambel

Antragsteller*in:	BV CWS
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sachantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung der Grundgesetz-Präambel

Die Jungen Liberalen Berlin fordern, im ersten Satz der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland die Worte „Gott und“ zu streichen, sodass dieser fortan wie folgt lautet: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Begründung

Laut den Zahlen der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid) für das Jahr 2019 sind 38,8 % der Deutschen konfessionslos. Damit bilden diese die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von der Römisch-Katholischen Kirche (27,1 %) und der Evangelischen Kirche (24,9 %). Die Zahl der aktiv Gläubigen beträgt sogar lediglich 7,9 %. Die Frage „Welche Bedeutung haben Religion und Glaube für Sie?“ im ARD-Deutschlandtrend Juni 2017 beantworteten 36 % mit „geringe Bedeutung“, 27 % mit „gar keine Bedeutung“. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes längst nicht mehr zeitgemäß ist. Weder die Paulskirchenverfassung von 1849 noch die Verfassung der Weimarer Republik von 1919 enthielten einen Gottesbezug. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (1948) hatte ebenfalls noch keinen expliziten Gottesbezug formuliert. Im Sinne der religiös-weltanschaulich Neutralität des Staates gibt es keine validen Gründe für einen Gottesbezug in unserer Verfassung. Weder der Staat noch seine Bürger stehen in einer Verantwortung vor „Gott“. Während der erwähnte „Gott“ zwar nicht explizit christlich ist, so hat dies doch einen eindeutig monotheistischen Klang, womit polytheistische Religionen ausgeschlossen werden. weitere Ausführungen erfolgen mündlich

Antrag 4: Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin.

Antragsteller*in:	Roman-Francesco Rogat (B-TK)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sachantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

Mit dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands und dessen Inkrafttreten am 29. September 1990 wurde festgelegt, dass das wiedervereinigte Berlin, zu einem Land vereinigt und zur Hauptstadt des vereinten Deutschlands wird. Schließlich wurde mit dem sogenannten Hauptstadtbeschluss endgültig die Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes an die Spree beschlossen.

30 Jahre nach der deutschen Einheit müssen die Jungen Liberalen jedoch feststellen, dass der Umzug noch immer nicht vollends abgeschlossen ist. Daher fordern die Jungen Liberalen die entschädigungslose Abschaffung des Berlin/Bonn-Gesetzes, um dem im Artikel 22 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz festgelegten Bestimmungen der Bundeshauptstadt nachzukommen und die Prozesse der Wiedervereinigung endgültig abzuschließen.

Antrag 5: Mehr Respekt im öffentlichen Dienst.

Antragsteller*in:	BV FKN
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sachantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

Für uns Junge Liberale Berlin gilt der Grundsatz seinem bzw. ihrem Lebensstil, seiner bzw. ihrer Passion und Arbeit ohne jedwede Diskriminierung nachgehen zu können. Vielfalt und ein individuelles Lebensgefühl prägt nicht nur die Berliner Gesellschaft, sondern insbesondere auch die öffentliche Verwaltung und den öffentlichen Dienst. Daher ist es für die Jungen Liberalen Berlin ein wichtiges Anliegen die Deklaration „#positivarbeiten – Respekt und Selbstverständlichkeit: Für einen diskriminierungsfreien Umgang mit HIV-positiven Menschen im Arbeitsleben“ der Deutschen Aidshilfe mit dem Ziel eines diskriminierungsfreien Umgangs mit HIV-positiven Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu unterstützen. Deshalb unterzeichnen wir die Deklaration der Deutschen Aidshilfe und fordern die Fraktion der Freien Demokraten im Berliner Abgeordnetenhaus sowie die Freien Demokraten Berlin auf unserem Vorhaben zu folgen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 6: Mindestlohn statt Zwangsarbeit - Für Lohnpflicht von Pflichtpraktika

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sachantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

Pflichtpraktika, die von Ausbildungseinrichtungen, Universitäten, Hochschulen oder einer Ausbildungsordnung vorgeschrieben sind, werden nur selten vergütet und Studierende, die den Mindestlohn für ihre Arbeitspflichtleistung erhalten, sind Exoten. Die Mieten in Deutschland steigen und auch Unistädte bleiben davon nicht verschont. Viele Studierende müssen während ihrer Ausbildung für ihre Lebenshaltungskosten selbst aufkommen. Das Ausüben von z.B. Werkstudierendentätigkeiten ist jedoch in Zeiten von Pflichtpraktika nur schwer und oft gar nicht möglich. Während man in manchen Studiengängen die vorlesungsfreie Zeit nutzen kann, um sich Unterhalt für das nächste Semester zu verdienen, müssen andere Pflichtpraktika ableisten.
Ein drastisches Beispiel ist das Medizinstudium: 3 Monate Pflegepraktikum, 4 Monate Famulatur und 12 Monate ein Praktisches Jahr. Verdienst: 0 Euro – und das bei einer Arbeit in Vollzeit, die gerade zu Pandemiezeiten einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag leistet.
Dieses Beispiel steht stellvertretend für die Abhängigkeit in dieser Situation, die vielerorts in Form von nicht-existierenden Entlohnungen ausgenutzt wird.

Deshalb fordern die Jungen Liberalen Berlin,...
... dass alle – im Rahmen von Pflichtpraktika, die im Gesamtzeitraum des Studienganges 3 Monate überschreiten, – entsprechend ihrer Qualifikation und Tätigkeit bezahlt werden und hierbei mindestens den gesetzlichen, branchenüblichen Mindestlohn erhalten. Öffentliche Träger und Beliehende dürfen grundsätzlich nur bezahlte Praktikumsstellen anbieten. Schulische Praktika, wie ein Sozialpraktikum in der 8. Klasse, sind hiervon ausgenommen.
... dass die Einkünfte aus bezahlten Pflichtpraktika steuer- und sozialabgabenbefreit sind.
... dass die Mehrkosten der öffentliche Träger der Praktikumsstellen, wie z. B. kommunale Krankenhäuser oder Behörden, kompensiert werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 7: Antrag zur Verbesserung des Lehramtstudiums und zur Aufstockung an Berliner Schulen

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sachantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

Der Berliner Lehramtsstudiengang ist durch viel Theorie und mangelnde Praxiserfahrungen gekennzeichnet. Da es nach dem 2. Bachelorsemester ein Orientierungspraktikum gibt, in welchem man aber nur als „Beobachter des Unterrichtsgeschehens“ fungiert und nur freiwillig selber ein oder zwei Stunden unterrichten kann, hat die Mehrheit aller Berliner Lehramtsstudierenden bis zum Praxissemester im 3. Mastersemester, also nach drei Jahren, so gut wie keine eigene Unterrichtserfahrung. Dieser Fakt ist auch nach Studienordnung so vorgesehen: sechs Semester ohne Praxiserfahrung! Während oder nach den Studiums stehen die meistens aller Studierende dann vor dem sogenannten „Praxisschock“. Das hat vor allem zur Folge, dass eine Reihe an fertig ausgebildeten Lehrkräften am Ende ihres Studiums, im Referendariat oder am Anfang ihres Berufs feststellen, dass der Beruf doch nicht zu ihnen passt oder sie ihn sich anders vorgestellt haben. Weiterhin werden Studierende, die sich selbstständig einen Nebenjob an einer Schule organisieren, im wahren Unterrichtsgeschehen mit Situationen konfrontiert, worauf sie im Studium nicht ansatzweise vorbereitet werden. Deswegen fordern wir die Umstrukturierung des Lehramtsstudiums hin zu einem praxisorientierten Studiengang. Dies soll folgendes beinhalten:

1. Wir fordern, dass in Zukunft zwischen reinen Wissenschaftsmodulen und Lehrveranstaltungen mit Lehramtsbezug unterschieden wird. Wir fordern, dass die Lehrinhalte mehr auf den Lehrerberuf und die Wissens- und Kompetenzvermittlung angepasst werden und Inhalte, die für den Lehrerberuf nicht notwendig sind, gestrichen werden. So müssen beispielsweise Studierende, die eine Sprache studieren dieselben Inhalte wie angehende Sprachwissenschaftler lernen, die tief in die sprachwissenschaftliche Forschung gehen, obwohl das für den späteren Fachunterricht an Schulen überhaupt nicht von Bedeutung ist.

Denn wer, um am Beispiel Deutsch zu bleiben, Germanistik mit Lehramtsoption studiert, ist nach dem Studium ein ausgebildeter Sprachwissenschaftler. Lehrkräfte sind aber Wissensvermittler und keine Wissenschaftler. Das Lehramtsstudium muss sich also viel mehr auf die Realität des Berufsfeldes konzentrieren und nicht nur auf die pure Fachrichtung. Weiterhin ist eine der Hauptbelastungen der Lehrkräfte der Umgang mit den Eltern, was im Studium ebenfalls kaum thematisiert wird. Auch hier sind die Studierenden auf sich selbst gestellt.

2. Wir fordern, dass alle Lehramtsstudierenden ab dem 2. Semester einen Tag pro Woche

verpflichtend an einer Schule tätig sind, in der sie die Lehrkräfte unterstützen, SuS mit Unterrichtsaufgaben helfen und den Schulalltag aus der Perspektive der Lehrkraft kennenlernen. Beispielweise sollen sie Unterrichtsstunden einleiten, beenden oder Teile selbst unterrichten, an Konferenzen teilnehmen etc. Dies würde ebenfalls die Lehrkräfte teilweise entlasten. So würden sich Praxiserfahrung für Lehramtsstudierende und mehr personelle Unterstützung an den Schulen ergänzen. Dabei orientieren wir uns an den zahlreichen Medizinstudierenden in Krankenhäusern. Hier soll Anwesenheitspflicht wie in einem gewöhnlichen Seminar gelten. Damit die Studierenden zeitlich entlastet werden, sollen die bereits oben genannten Module, die keinen Bezug zum Lehrerberuf haben, gestrichen werden. Diese „Schultage“ sollen also nicht zusätzlich eingeführt werden, sondern sollen die Module mit fehlendem Bezug zur Schule ersetzen. Viele Lehramtsstudierende sind gewillt sich mehr zu engagieren und mitzuhelfen, was ihnen aber erschwert wird. Geben wir ihnen mehr Verantwortung und die Chance sich zu beweisen! Der Studiengang muss eine Verzweigung aus Theorie und Praxis sein.

3. Ebenfalls fordern wir, dass diese Praxistage jährlich an anderen Schulen mit anderen Ausrichtungen absolviert werden können, wobei jeder Studierender für weiterführende Schulen wenigstens einmal während seiner Studienzeit an einem Gymnasium und einem ISS gewesen sein soll. Dazu fordern wir auch, dass in Verträgen zwischen Schule und Universität festgehalten werden muss, dass die Studierenden nicht als Vertretungslehrkraft eingesetzt werden sollen. Es soll sich also um eine Unterstützung und um keinen Lehrkräfteersatz handeln, da die Studierende sonst als Lehrkräfteersatz angesehen werden könnten und wahrscheinlich keine weiteren Lehrkräfte eingestellt werden würden. Dennoch fordern wir, dass die Arbeit an den Schulen wie in anderen praxisorientierten Studiengängen vergütet wird. Gleichzeitig kann diese Erfahrung die spätere Jobsuche vereinfachen, weil die Schulen somit mehr Praxiserfahrungen und mehr Empfehlungen hätten als nur das Referendariat und die reine Abschlussnote.

4. Damit die Studierenden mit ihren Erfahrungen an den Praxistagen nicht alleine gelassen werden, fordern wir, dass diese Tage im Rahmen eines begleitenden Pädagogikseminars besprochen werden. Dabei können die aktuell vorgesehenen Pädagogikmodule nicht nur theoretisch, sondern praktisch integriert und genutzt werden. Dies erachten wir als besonders notwendig, da das aktuelle Lehramtsstudium nur wenig Situationen thematisiert, mit denen angehende Lehrkräfte im realen Schulalltag konfrontiert werden. Da es keinen homogenen Typ einer Schulklasse gibt, sind die aktuellen Themeninhalte der Pädagogikmodule häufig nicht übertragbar. Hier wird von Kindern aus der Mittelschicht an „guten Schulen“ ausgegangen. Dass man eine komplett andere Herangehensweise an Schulen mit hohen Abbrecherquoten und tendenziell schlechten Noten braucht, wird ebenfalls kaum berücksichtigt. Das führt folglich dazu, dass sich die Mehrheit nach dem Studium nicht dazu entscheidet, an eben genannte Schulen zu gehen. Auch hier besteht Nachholbedarf.

5. Wir fordern, dass eigene Unterrichtseinheiten im Orientierungspraktikum im Bachelor verpflichtend sind. Dies soll nicht nur die Ausnahme, sondern die Regel sein.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 8: Homophobie und Transfeindlichkeit besser bekämpfen

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Sachantrag

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin möge beschließen:

1. Hasskriminalität ist bei uns verhasst
Fälle von Hass- und politisch motivierte Kriminalität (PMK) nehmen deutschlandweit zu. Nach Zahlen des Bundeskriminalamtes erhöhte sich das jährliche Straftataufkommen der PMK zwischen 2018 und 2019 um ca. 14 %. Die Tatmotive sind Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder sonstig menschenverachtend.
In der Kriminalitätsstatistiken wird deutlich, dass PMK aufgrund sexueller Orientierung (alle gegen Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuelle motivierten Straftaten) besonders stark zunahmen.

Die Jungen Liberalen fordern,
... dass das sich Homophobie und Transfeindlichkeit, strafschärfend bei der Strafzumessung von Straftaten auswirken. Hierzu soll §46 Abs. 2 StGB eine Formulierung beinhalten, die namentlich PMK aufgrund der sexuellen Orientierung aufzählt.
... dass die Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV) Nr. 15 und Nr. 234 um dieselbe Formulierung erweitert werden.
... dass §130 StGB Abs. 1 Satz 1 um die Formulierung ‚sexuelle Orientierung' ergänzt wird, damit Volksverhetzung gegen LGBT unter Strafe steht.
... regelmäßige Schulungen von Polizei und Justiz, um verstärkt auf PMK gegenüber LGBT aufmerksam zu machen und LGBT-Ansprechpersonen. Zudem soll es in allen Berliner Bezirken sogenannte Queerbeauftragende geben, die als Ansprechpersonen für die Bürger:innen dienen und Aufklärungsarbeit leisten können.

2. Konversionstherapien endlich vollständig verbieten!
Leider gibt es noch Organisationen, die überzeugt sind, dass von Heteronormativität-abweichende Geschlechtsidentitäten krankhaft und behandlungsbedürftig seien. Besonders in religiösen Organisationen sind Konversionstherapien noch immer aktuell und verbreitet. Konversionstherapie versuchen, die sexuelle Orientierung oder die empfundene geschlechtliche Identität einer Person gezielt zu verändern. Homosexualität und Transgeschlechtlichkei sind keine Krankheit und eine „Behandlung/Therapie" ist mit schweren gesundheitlichen Folgen verbunden. Aufgrund der gravierenden negativen Auswirkungen begrüßen wir grundsätzlich das ‚Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen', das allerdings nicht weit genug geht.
2013 hat der Weltärztebund Konversionstherapien als Menschenrechtsverletzung und als mit der Ethik ärztlichen Handelns unvereinbar verurteilt. Die Bundesärztekammer

stellt weiterhin fest, dass die Therapien nicht mit einer gewissenhaften Berufsausübung vereinbar sind.

Deshalb fordern die Jungen Liberalen,
... dass Konversionstherapien verboten werden.
...dass Personen, die im Rahmen ihrer Berufsausübung Konversionstherapien durchführen, ein Berufsverbot erhalten und, falls sie eine ärztliche Approbation besitzen, diese entzogen wird.

3. Mit weltbester Bildung für ein Klima der Toleranz
Im meist heteronormativ-geprägten, schulischen Umfeld fehlt es an sensibilisierender und aufklärerischer Lehre im Hinblick auf sexuelle Vielfalt.
LGBT-Jugendliche erfahren eine erhöhte psychosoziale Belastung und leiden unter der Negativ-Wahrnehmung oder Nicht-Wahrnehmung ihrer sexuellen Orientierung/Geschlechts-identität, was in gesundheitsgefährdenden Verhalten resultiert.
Selten behandeln Lehrkräfte, z.B. Tabuisierung oder Unkenntnis geschuldet, LGBT-Lebensweisen im Unterricht, obwohl es hierfür Lehrmaterial im Rahmen der Sexualerziehung gibt.

Die Jungen Liberalen fordern,
... dass es im Rahmen multiprofessioneller Teams Kontaktpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gibt, die als Ansprechpartner in LGBT-Fragen zur Unterstützung der Schaffung eines toleranten, diskriminierungsfreien Umfelds beiträgt und Hilfesuchende (Schüler- und Lehrerschaft) berät.
... regelmäßige, für LGBT-sensibilisierende, kostenfreie Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte, um dem Fortbildungsbedarf gerecht zu werden.
... Konzepte zur erfolgreichen Integration des Themas Sexuelle Vielfalt in die Unterrichtsplanung sowie Strategien zum Abbau von Homo- und Transphobie in der Schule durch die Bildungsministerien.
... dass im pädagogischen Teil des Lehramtstudiums die Aufklärung zu LGBT verankert wird, um angehende Lehrkräfte mit Sachkenntnis und Sensibilität zu rüsten.
... dass LGBT-Entstigmatiserung sowie geschlechtliche und sexuelle Vielfalt einen bedeutenden Anteil in den Orientierungs- und Integrationskursen für beispielsweise Geflüchtete ausmachen.

Begründung

erfolgt mündlich